



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIII/197 - 1. September 1958

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 179

Fernsprecher 21831 - 33

Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Was will Moskau?
Ulbrichts Weg in Dunkle
Von G. Markscheffel

71

3

De Wapile zwischen Europa und Afrika
Vier Wochen vor dem Volksentscheid
Von unserem Pariser GS-Korrespondenten

49

4

Der "zornige junge Mann" Polens
Marek Hlasko will wieder in sein Vaterland zurückgehen

50

5

Rendezvous der Seelenforscher
500 Psychologen aus aller Welt in Wien
Diskussionsthema: Entwurzelung und Wiedereingliederung des Menschen

47

6 - 7

Zwanzig Jahre nach München
Bundestreffen der Seliger-Gemeinde in Rothenburg

61

* * * * *

Was will Moskau?

Von G. Markscheffel

Der seit Jahren unternommene Versuch Moskaus, die sogenannte DDE zu einer Plattform kommunistischer Weltanschauung oder militärischer Ausgangspositionen für die Sowjetunion zu machen, scheitert an der Unfähigkeit Ulbrichts und seiner Angestellten. Das zeigt sich jetzt deutlicher denn je, denn die Massenflucht der Intelligenz aus der Zone nach der Massenflucht qualifizierter Arbeiter und Bauern ist ein Beweis dafür, dass das SED-Regime nicht in der Lage ist, auch nur annähernd dem ihm von Moskau nach dem zweiten Weltkrieg erteilten Auftrag gerecht zu werden.

Die Sowjetführung hat Ulbricht vor dreizehn Jahren mit Hilfe ihrer Bonette an die Spitze des östlichen Teiles Deutschlands gestellt. Sie hat es Ulbricht ermöglicht, die Zwangsvereinigung der politischen Parteien erst in der SED und später in der "Nationalen Front" durchzuführen. Sie hat dann versucht, immer wieder mit Hilfe von Ulbricht und der SED, dem in der Zone lebenden Teil des deutschen Volkes klarzumachen, dass es sich in "Friedenslager" befinde und als historische Aufgabe "die Verwirklichung der klassenlosen Gesellschaft" im Zentrum Europas vor sich sehen müsse.

So lange dieser Versuch mit dem Blick auf die Vergangenheit, auf den Hitler-Faschismus, unternommen wurde, konnte man vorübergehend an einen Erfolg dieses Experimentes glauben. Was in dieser Zeit geschah, erlebte die heranwachsende Generation also unter dem Vorzeichen des "Anti" gegenüber der Vergangenheit.

Jetzt aber, da es darum gehen sollte, im Sinne öffentlich deklarerter Ziele der Sowjetregierung konstruktiv und in die Zukunft schauend Staat und Gesellschaft zu organisieren, erleidet das mit Hilfe Moskaus aufgebaute SED-Regime seinen inneren Zusammenbruch.

Sicher hatten die Russen geglaubt, die deutschen Kommunisten würden intelligent genug sein, um nach der Periode sowjetischer Rajonettpolitik eigenes Leben gestalten zu können. Die Rechnung geht nicht auf. Der Mensch, der von Ulbricht beherrschten Gebiet Deutschlands macht nicht mit. Er hat die Unfähigkeit des von Moskau eingesetzten Statthalters erkannt und schämt sich - ohne unbedingt der Weltmacht Sowjetunion feindlich gesinnt zu sein - dass man ihn für so dumm hält, auf die Dauer einem Ulbricht zu folgen.

Die massgebenden Männer in Moskau wären schlecht beraten, wenn sie

glauben würden, dass die Massenflucht aus der Zone nach dem Westen nur ein ausschliesslich antisowjetisches Vorzeichen habe. Gerade in den letzten Tagen konnten wir uns mit vielen Zonenflüchtlingen über diese Frage unterhalten. Wir waren überrascht, von ihnen zu hören, dass weniger das Misstrauen gegenüber Moskau, auch nicht nur die materielle Not, als vielmehr die innere Auflehnung gegen die Unfähigkeit eines Ulbricht als Motiv der Flucht angegeben wurde. Wir konnten auch feststellen, dass nicht Sehnsucht nach dem "kapitalistischen Lager" den Entschluss zur Flucht heranreifen liess - besonders nicht bei der Jugend und bei der Intelligenz - sondern die innere Auflehnung gegen das Unvermögen der Zonenmachthaber, die Aufbau- und Friedensbereitschaft des deutschen Volkes in einen Strom des gemeinsamen Handelns zu führen.

In vertraulichen Gesprächen hat man uns gefragt, wie es komme, dass Moskau diese Entwicklung nicht zu sehen scheine. Man hat uns an Hand von vielen Beispielen nachgewiesen, dass Moskau im Begriff ist, dank seines Statthalters Ulbricht die europäische Karte zu verspielen und genau das Gegenteil von dem erreicht, was es möglicherweise erreichen wollte. Wenn es richtig ist - so sagten uns die Gesprächspartner aus der Zone - dass Moskau die Koexistenz, den Ausgleich und das Zusammenleben von Ost und West als aktuelles politisches Ziel vor sich sieht, dann ist Ulbricht im übertragenen Sinne ein Saboteur dieser Politik. Dann spielt er durch die Beschränktheit seiner Handlungsweise, die die Menschen zur Flucht aus der Zone zwingt, die Karte des primitiven Antikommunismus, die Karte jener politischen Kräfte des Westens, die in jedem Zonenflüchtling einen "Beweis" für die Berechtigung ihrer eigenen sturen Antihaltung gegenüber Moskau erblicken. Warum sieht Moskau das nicht? - so lauteten alle an uns gestellten Fragen.

Wir haben diese Fragen nicht beantworten können; Moskau müsste selbst dazu Stellung nehmen. Wir wissen aber: Wenn Moskau wirklich - entsprechend allen offiziellen Erklärungen - im Herzen Europas ein Deutschland will, das durch seine geistige Haltung, seine ökonomische und politische Leistung ein Friedensfaktor in der Weltpolitik wird, dann muss es in eigenem Interesse so unfähige Männer wie Ulbricht abberufen. Lässt es ihm jedoch weiter agieren - und er agiert mit seiner ganzen Unfähigkeit immer direkt oder indirekt im Namen der Sowjetunion -, dann würde man ihn gemessen am praktischen Effekt seiner Politik, als einen Störer der Politik der Sowjetunion betrachten müssen.

De Gaulle zwischen Europa und Afrika

Von unseren Pariser GS-Korrespondenten

Die politischen Ferien sind beendet, die Propagandatrommeln werden gerührt; links und rechts. Nur noch vier Wochen bis zum Volksentscheid! Die Brandstiftungen und bewaffneten Überfälle der algerischen Aufständischen in den Städten Frankreichs bilden den düsteren Hintergrund dieser "Wahlkampagne", die in einer Bürgerkriegsatmosphäre erfolgt. Die algerischen Nationalisten sind erbittert darüber, dass ausgerechnet ihnen keine Zusagen gemacht wurden, während alle anderen afrikanischen Länder und Gebiete das Recht auf Losrennung vom französischen Staatsverband zugesichert erhalten und sich jedenfalls jetzt schon auf dem Wege wachsender Selbständigkeit befinden. De Gaulle zeigte sich nachgiebig im West- und Zentralafrika, aber bis jetzt durchaus unnachgiebig gegenüber den algerischen Nationalisten und auch gegenüber der französischen Demokratie.

Der Diktaturparagraph (Artikel 14) bleibt erhalten. Abgelehnt wurden die Vorschläge des Verfassungsrates, nach welchen der Staatsoberhaupt die Zustimmung des Verfassungsgerichtes oder wenigstens des Ministerpräsidenten brauche, um "aussergewöhnliche" Diktaturmassnahmen zu treffen. Die einzige Konzession, die insbesondere den Sozialisten gemacht wurde, ist die Einberufung des Parlaments, das im Falle einer derartigen "aussergewöhnlichen" Situation nicht aufgelöst werden darf. Das Jahr 1940 und der 1. Juni 1958 lehren aber, dass in Frankreich Diktaturen auch mit parlamentarischer Zustimmung errungen werden können. Ein weiteres geringfügiges Zugeständnis besteht darin, dass das Gewicht der Städte in dem Kollegium, das den Präsidenten der Republik zu wählen hat, etwas erhöht wurde, so dass Paris in diesem Wahlkörper von etwa 75 000 Wahlmännern durch etwa 300 Mann, Lyon durch 7 - 800 vertreten sein werden, doch bleibt die erdrückende Mehrheit der kleinen, reaktionären Landgemeinden erhalten.

De Gaulle begleitete seine Propagandarundreise durch Afrika mit einer doppelten Drohung für den Fall einer Ablehnung seiner Verfassung durch die Wählerschaft: den Franzosen drohte er mit seinem Rücktritt von der Regierung, den Afrikanern sagte er, die Ablehnung des Projektes wäre gleichbedeutend mit "Secession", mit der Lossege von Frankreich und in diesem Falle werde es keine französische Wirtschaftshilfe mehr geben. In beiden Fällen ist es also die Drohung mit der Demission: in Frankreich Abdankung von der Staatsführung, in den Kolonien Abdankung Frankreichs selbst.

Was der Rücktritt de Gaulles in Frankreich nach einem "Nein" der Wählermassen am 28. September dieses Jahres bedeuten würde, malte der gaullistische Justizminister Michel Debré in den schwärzesten Farben: Bürgerkrieg. Die "Systemkrise" sei nicht erst durch den Militärputsch am 13. Mai hervorgerufen worden, sondern umgekehrt, der 13. Mai sei die Folge der jahrelangen Krise der Vierten Republik. Den Franzosen bleibe jetzt nur noch die Wahl zwischen dem autoritären Staat de Gaulles und dem "fatalen" Aufeinanderprallen von zwei "Formen der Diktatur": den "Aktivistischen der Armee" und den "Aktivisten der KP", behauptete der treue Weggefährte des Generals in öffentlicher Rede. Eine "Nein"-Mehrheit wäre gleichbedeutend mit einem Bürgerkrieg.

Viele Franzosen werden sich von diesen Argumenten beeindruckt lassen. De Gaulle hätte somit - in Afrika durch Zusagen, in Frankreich mit der Bürgerkriegsdrohung - die "Wahlschlacht" gewonnen. Die blutige Offensive der FLN in der französischen Metropole, die Brandsäulen in Marseille und in anderen Städten zeigen aber, dass keine Lösung der politischen Krise möglich ist, solange der Algerienkrieg nicht beendet werden kann.

Der "zornige junge Mann" Polens

A.B. Jedes kultivierte Land hat heute seine "zornigen jungen Leute", seine "geschlagene Generation", die ihrer Desillusionierung in literarischen Aufschreien, umstrittenen Theaterstücken und avantgardistischen Filmen Luft macht. Diese Erscheinung geht über ideologische und Machtblockgrenzen hinaus. In allen Ländern finden sie sowohl begeisterten Zuspruch als heftige Kritik.

Marek Hlasko, der zornige junge Mann Polens, gehört zu jenen Schriftstellern, die immer wieder den Unmut der offiziellen Parteikritik auf sich laden. Der heute Fünfundzwanzigjährige ist durch seine Erzählung "Der achte Wochentag" (mittlerweile in deutsch-polnischer Gemeinschaft veröffentlicht, in Polen aber verboten) und den Roman "Der nächste ins Paradies" bekannt geworden. Arbeiterkind, das selbst mit 13 Jahren schon hart arbeiten musste, Kraftfahrer, Gelegenheitsarbeiter und schliesslich literarischer Redakteur der inzwischen verbotenen Wochenzeitung "Po Prostu" sind die Stationen eines nicht gewöhnlichen Werdegangs, der an und für sich durchaus zum Parteischriftsteller prädestinieren würde.

Aber - Hlasko ist kein Kommunist. "Ich habe mir einmal tausend Zloty von einem Parteimitglied ausgeborgt und habe sie ihm nie zurückgegeben," sagt er. "Das ist alles, was ich jemals mit der Politik zu tun gehabt habe..." Für ihn gibt es keinen Kommunismus, es gibt nur totalitäre Länder, die eine Ideologie ohne jeden Skrupel in bezug auf die Methode verwirklichen. Darum hält er es für absolut normal, dass hier die Politiker und Schriftsteller in Gegensatz zueinander geraten. "Ich bin von ganz unten nach oben gegangen, und als ich mit dem Schreiben begann, hatte ich bereits so viele Dinge gesehen, dass ich an keine der offiziellen Wahrheiten mehr glauben konnte."

Hart ist seine Kritik an dem, was er das "gegenwärtige Drama Polens" nennt. "Was uns im Grunde eint, ist die Enttäuschung, das Gefühl, ohne Hoffnung zu sein. Das grösste Unglück des Totalitarismus ist, dass er die Vorstellungskraft abtötet, die Verkümmern der Träume, die Verkümmern der Sehnsüchte..."

Wenn man dann dazu hört, dass Hlasko sich zur Zeit in Frankreich aufhält, so könnte eigentlich das Bild des "Emigrantenschriftstellers" fertig sein. Aber auch hier passt Hlasko nicht ins Klischee. Was ihn von den gleichaltrigen "Zornigen" des Westens unterscheidet, ist ein tief verwurzeltes Verantwortungsgefühl seinem Land, seinem Volk gegenüber. Nicht ohne Grund stellte er in einem Interview mit "L'Express" fest, dass es ihm unmöglich ist, sich den intellektuellen Frankreichs gegenüber verständlich zu machen. "Sie reagieren auf das, was sich in dieser Welt da unten abspielt, ausschliesslich vom Standpunkt ihrer eigenen moralischen Haltung, sie haben nicht die tägliche, schreckliche Erfahrung."

Trotz dieser Erfahrung will Hlasko wieder zurückgehen, denn: "Ein Schriftsteller ist nichts ohne sein Vaterland." Natürlich will er wieder schreiben, wenn er in Polen ist, auch wenn er noch nicht weiss, ob seine Bücher veröffentlicht werden dürfen. Polen ist für einen Schriftsteller ein aussergewöhnliches Land, meint er, und es sei der Mühe wert, alle Folgen auf sich zu nehmen, um in diesem Land zu leben und es zu beobachten. Gewiss spielt bei diesem Vorsatz seine Überzeugung eine Rolle, dass der Totalitarismus sich seit 1956 - seit dem XX. Parteitag und der Entthronung Stalins also - liberalisiert hat.

Rendezvous der Seelenforscher

Wien - Anfang September

sp - Seit Beginn dieser Woche gibt sich die Elite der Seelenforscher in Wien ein Rendezvous zur elften Jahresversammlung des Weltverbandes für psychische Gesundheit. Über 500 Wissenschaftler aus allen Teilen der Welt werden eine Woche lang miteinander über die Frage beraten, welchen Beitrag die Psychologen zur Lösung des Problems "Entwurzelung und Wiedereingliederung des Menschen" leisten können.

Wien ist jetzt nach fünf Jahren zum zweiten Mal der Treffpunkt der Psychologen. Der Weltverband für psychische Gesundheit hat 108 Mitgliedsorganisationen in 43 Ländern; in Österreich gehört ihm die Gesellschaft für psychische Hygiene an. Der Vorstand der Wiener Psychiatrischen Klinik, Professor Dr. Hoff, der bisher Vizepräsident des Weltverbandes war, wird heuer zum Präsidenten gewählt werden. Außer bei den großen gemeinsamen Veranstaltungen des Kongresses werden die Wissenschaftler aus aller Welt auch in kleinen Diskussionsgruppen über die verschiedensten Probleme, die mit dem Hauptthema zusammenhängen, diskutieren.

Bei der Behandlung der psychologischen Probleme der Flüchtlinge müssen sich alle Sprecher politischer Äußerungen enthalten. Es hat sich übrigens gezeigt, daß die rein medizinischen Probleme bei politischen Flüchtlingen, Katastrophenflüchtlingen und sogar bei gewöhnlichen Auswanderern kaum verschieden sind. Außerdem umfaßt der Verband auch die Oststaaten; allerdings haben sich zu dem heurigen Kongreß über die Flüchtlingsprobleme nur sehr wenige Vertreter aus dem Osten angemeldet. Es können aber auch unangemeldete Delegierte kommen. Vor fünf Jahren tauchten zum Beispiel ganz unerwartet am ersten Tag der Zusammenkunft drei russische Professoren auf, hielten Vorträge, die gar nicht zum Thema gehörten, und verbrüderten sich beim Heurigen sehr gemütlich mit ihren amerikanischen Kollegen.

In diesem Jahr beteiligen sich sehr viele Fachleute aus den asiatischen Ländern an der Kongreß. In den Ländern, in denen die Industrialisierung in kurzer Zeit große Bevölkerungsmassen aus dem Dorf und aus der alten Familientradition reißt, entstehen ähnliche Seelenstörungen wie bei den Flüchtlingen.

Der Weltverband wird im Jahre 1960 ein psychologisches Jahr, das "Mental Health Year", abhalten. Nach dem Vorbild des Geophysikalischen Jahres, das mit dem Sputnik und der Erforschung der Antarktis so auffällige Erfolge gebräut hat, sollen ein Jahr lang auch die Forschungen auf dem Gebiet der Seelenheilkunde intensiviert und zusammengefaßt werden. Leider hat man für die psychologische Forschung nicht so viel Geld wie für Erdsatelliten und Südpolexpeditionen, die wegen ihrer strategischen Bedeutung zum Teil aus den Militärbudgets finanziert werden.

Der Weltverband für psychische Gesundheit beklagt sich darüber, daß außerhalb Englands und Amerikas von privaten Spendern kaum Hilfe zu erwarten ist. Die Krankenkassen und staatlichen Stellen können aber schwer internationale Forschungen, die über die Staatsgrenzen reichen, unterstützen. Deshalb wird sich die Arbeit des psychologischen Jahres hauptsächlich auf Studien beschränken müssen, die sich bei der Bearbeitung der laufenden Probleme ergeben.

Zwanzig Jahre nach München

U.B. Fast auf den Tag zwanzig Jahre nach dem unheilvollen Münchener Abkommen, das das Schicksal des Sudetenlandes besiegelte, wurde das romantische Rothenburg am vergangenen Wochenende zur eindrucksvollen Kulisse einer Demonstration, wie sie in der deutschen Vertriebenenbewegung wohl einmalig ist. 20 000 sudetendeutsche Sozialdemokraten, die sich in der Seliger-Gemeinde zusammengeschlossen haben, waren in das mittelalterliche Städtchen gekommen, um nicht nur Erinnerungen auszutauschen und Wiedersehen zu feiern, sondern um sich vor allem mit den künftigen Leitbildern ihrer Heimatpolitik auseinanderzusetzen. Der Leidensweg, der Opfermut und die Kampfentschlossenheit der sudetendeutschen Sozialdemokraten ist ohne Beispiel, seit Josef Seliger im Jahre 1920 den Kampf um das Selbstbestimmungsrecht seiner Heimat mit aller Entschlossenheit aufnahm. Von allen Seiten verlassen, mussten sie 1938 in die Emigration oder in die Konzentrationslager gehen, und die Tragik ihres Schicksals liegt darin, dass diese Menschen, die das Unheil kommen sahen und die sich ein Leben lang dagegen gewehrt hatten, vom Los der Heimatlosigkeit bis auf den heutigen Tag so hart getroffen worden.

In einer solchen Gesinnungsgemeinschaft sieht man die entscheidenden Problematik mit besonderer Deutlichkeit. Stärker als je zuvor bemühte sich darum die Seliger-Gemeinde gerade in Rothenburg um die ideellen Fundamente des Rechtes auf Heimat und Selbstbestimmung, die nur der Sozialismus und die Völkerverständigung sein können. Dr. Benedikt Kautsky vertiefte den Gedanken, dass man eben nicht nur die nationalen Fragen in Mitteleuropa sehen dürfe, sondern auch den sozialen und wirtschaftlichen Erfordernissen seine Aufmerksamkeit zuwenden müsse. Nur der freiheitliche Sozialismus werde imstande sein, eine Gesamtlösung dieser drei Faktoren zu finden und zu verwirklichen, da nur er die vollendete Form der Demokratie sei und zum vollständigen Ausgleich der Gegensätze führen könne. Dieses Leitbild, das sich alle Sprecher der Seliger-Gemeinde setzten, schließt jede gewaltsame Lösung des Heimatproblems aus und gründet sich auf der historischen Erkenntnis, dass jede neue Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes wie eine unheilvolle Kettenreaktion weiterwirken muss.

Erich Ollenbauer bekundete in Rothenburg die Entschlossenheit der Sozialdemokratie, für europäische Lösungen zur Verwirklichung dieses Rechtes zu kämpfen. Darunter wird man indessen nicht den dann und wann von der Bundesregierung erwogenen Weg über die kleinen europäischen Organisationen zu verstehen haben, sondern umfassende Abkommen, an denen alle europäischen Länder gleichberechtigt beteiligt sind. Selbstbestimmung in Europa wird es künftig nur im Klima der Menschlichkeit, Toleranz und einer neuen Rechtsgesinnung der Völker geben können.

Die Not der Satelliten ist darum auch, wie der Bundestagsabgeordnete Wenzel Jaksch betonte, die Not der deutschen Heimatvertriebenen. Im Gegensatz zu den Landsmannschaften sprach sich die Seliger-Gemeinde aus dieser Überlegung heraus für diplomatische Beziehungen zu Prag aus, unter der Bedingung allerdings, dass die absolute Freiheit des gegenseitigen Reiseverkehrs und eine bessere Behandlung der in der CSR zurückgebliebenen Deutschen erreicht würde.

Sein besonderes Gewicht erhielt das Rothenburger Treffen durch die Anwesenheit prominenter europäischer Sozialisten, die sich im offiziellen Auftrage ihrer Parteien in England, der Schweiz, Schweden, Dänemark und Norwegen mit den Zielen der Seliger-Gemeinde solidarisch erklärten. Die enge Verbundenheit der sudetendeutschen und der österreichischen Sozialisten bekundeten Oskar Helmer und Benedikt Kautsky. Seit jeher hat die sudetendeutsche Sozialdemokratie entscheidende Impulse aus Wien erhalten, wie sie ja auch dem österreichischen Gedanken über eine Neuregelung im Südosten Europas besonders nahesteht. Josef Seliger hat einst gemeinsam mit Otto Bauer und Karl Renner das beispielhafte Nationalitätenprogramm der Wiener Sozialdemokraten entworfen, dessen wichtigste Gedanken bis auf den heutigen Tag in der Seliger-Gemeinde lebendig sind.

Rothenburg war ein Bekenntnis dafür, dass die sozialdemokratischen Heimatvertriebenen als Mitträger des politischen und staatlichen Lebens in der Bundesrepublik sich weiter unablässig für die volle gesellschaftliche Eingliederung ihrer Schicksalsgefährten, für die Erfüllung ihrer sozialen Forderungen und für die Pflege der besonderen geistigen und kulturellen Interessen der deutschen Menschen des Ostens und des Südostens einsetzen werden. Es gibt keinen Unterschied zwischen sudetendeutscher und Bundesrepublikanischer Politik der SPD, wie manchmal behauptet wird. Es gibt nur eine sozialdemokratische Politik, die verschiedene Aufgaben zu erfüllen hat, aber auf ein klares gemeinsames Ziel hinsteuert. In Rothenburg wurde deutlich, dass nur eine nüchterne und friedfertige Politik die Probleme der Heimatvertriebenen lösen kann, und dass die Ziele der Sozialdemokratie mit den Lebensinteressen der Menschen, die ihre Heimat verloren haben, identisch sind. Vor morgen in Osteuropa wieder starke Demonkratien haben will, der wird darum nach den Worten Erich Ollenhauers an den Gedanken der Sozialdemokraten nicht vorüber kommen.

+ + +